

Bonn-Pakt Agenda 2030 kommunal



Kommunale Positionen anlässlich
der 15. Bundeskonferenz der
Kommunalen Entwicklungspolitik 2021

Bonn-Pakt Agenda 2030 kommunal

Kommunale Positionen anlässlich
der 15. Bundeskonferenz der
Kommunalen Entwicklungspolitik 2021

Vorworte

Für die Erreichung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung sind wir Kommunen zentrale Mitgestalterinnen. Die Ziele sollen bis 2030 erreicht werden und wir befinden uns am Beginn der „Decade of Action“. Es ist jetzt höchste Zeit zu handeln – global, national und lokal!

Die Stadt Bonn hat daher gerne die 15. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik mit ausgerichtet, bei der sich kommunale Akteure mit dem „Bonn-Pakt Agenda 2030 kommunal“ gleichermaßen selbstbewusst wie ehrgeizig entwicklungspolitisch positioniert haben. Als Stadt, die sich seit über 25 Jahren für kommunale Entwicklungszusammenarbeit engagiert, freuen wir uns sehr, dass der Pakt zur kommunalen Umsetzung der Agenda 2030 mit dem Namen unserer Stadt verbunden ist.

Der Agenda 2030 fühlen wir uns als deutsche UNO-Stadt in besonderer Weise verpflichtet. 2019 haben wir unsere erste kommunale Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet, die festlegt,

wie wir die globalen Nachhaltigkeitsziele lokal umsetzen wollen. Die kommunale Entwicklungspolitik spielt dabei eine zentrale Rolle und die SKEW ist für uns dabei seit zwei Jahrzehnten eine verlässliche Partnerin. Partnerschaften, fairer Handel und faire Beschaffung, Klimagerechtigkeit, globale Verantwortung und globaler gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie die Einbindung von Perspektiven von Menschen mit Migrationsbiografie oder Fluchterfahrung – dafür setzen wir uns in Bonn täglich ein, in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Es muss aber noch mehr geschehen. Der „Bonn-Pakt Agenda 2030 kommunal“ wird uns in den nächsten Jahren die Richtung hierfür weisen. Ich bin überzeugt, dass er viele weitere Kommunen ermutigt, sich entwicklungspolitisch zu engagieren und Teil der „Community of Action“ für die Umsetzung der Agenda 2030 zu werden.

Katja Dörner

Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn





© Andreas Henn

Im Rahmen der 15. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik vom 14. bis 16. Juni 2021 erarbeiteten zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise gemeinsam den „Bonn-Pakt Agenda 2030 kommunal“ und überreichten ihn an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Sie bekräftigten damit ihren Willen, als Kommunen bei der Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen eine Vorreiterrolle zu spielen.

Der Pakt ist eine politische Willenserklärung und formuliert ein ambitioniertes, übergreifendes Ziel: „2030 Kommunen bis 2030!“ Wir wollen erreichen, dass 90 Prozent der Bevölkerung in Deutschland bis 2030 in einer Agenda 2030-Kommune leben.

Der Programmbeirat der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global und insbesondere seine kommunalen Vertreterinnen und Vertreter haben den Bonn-Pakt aktiv mitgestaltet. Dessen Ziele sind hoch gesteckt, aber erreichbar. Wir in Mannheim haben in den vergangenen Jahren unser entwick-

lungspolitisches Handeln ausgebaut und strukturell mit dem Leitbild „Mannheim2030“ verankert. Es ist uns dabei gelungen, in gemeinsam mit der Zivilgesellschaft durchgeführten Projekten die kommunale Daseinsvorsorge, die lokale Demokratie und Geschlechtergleichstellung lokal im Globalen Süden zu stärken und in Mannheim ein besseres Verständnis für unsere gemeinsame, globale Verantwortung zu schaffen.

Ich freue mich, dass wir mit dem Bonn-Pakt eine Vision kommunaler Entwicklungspolitik mit vielen konkreten Vorschlägen in die politische Debatte einbringen konnten und ich bin gespannt, wie er in den kommenden Jahren als Leitbild die kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland prägen wird.

David Linse

Vorsitzender des Programmbeirats der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und Fachbereichsleiter für Internationales, Europa und Protokoll der Stadt Mannheim

Bonn-Pakt Agenda 2030 kommunal

Konsens: In der Decade of Action sind die Anstrengungen auf allen Ebenen (international, national, regional, lokal) deutlich zu erhöhen, um die 17 Ziele der Agenda 2030 (Sustainable Development Goals – SDGs) zu erreichen. Die Kommunen spielen dabei eine zentrale Rolle und wollen gemeinsam eine Vorreiterrolle auf der Zielgeraden der SDGs einnehmen. Wir müssen jetzt handeln! Bei der kommunalen Umsetzung der Agenda 2030 sind die folgenden Schwerpunkte für die kommunale Entwicklungspolitik bis 2030 wesentlich.

1. Agenda 2030 als Leitlinie kommunaler Veränderungsprozesse

Viele Kommunen haben in den zurückliegenden Jahren Stadtentwicklungsprozesse und Strukturwandelprozesse durchgeführt, die eine ganzheitliche Umsetzung der Agenda 2030 zum Ziel haben. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) mit ihrem Programm Global Nachhaltige Kommune (GNK) und ihren internationalen Formaten zur Lokalisierung der SDGs hat sich hierbei als kompetente Partnerin der Kommunen erwiesen. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit soll auch künftig fortgesetzt werden. Das neu zu gründende Kompetenzzentrum Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement und Kompetenznetzwerk Nachhaltige Kommune sollte vor diesem Hintergrund dazu beitragen, dass die Zahl der Kommunen, die einen

SDG-Lokalisierungsprozess durchlaufen, bis 2030 substantiell erhöht wird. Die SKEW als die Institution, die hier in Kooperation mit der LAG 21 NRW (Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.) und weiteren Partnern aus dem Netzwerk der RENN-Träger (Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategie) deutschlandweit große Erfahrung und Kompetenz hat, sollte am Kompetenzzentrum und Kompetenznetzwerk inhaltlich, personell und organisatorisch maßgeblich beteiligt werden.

Übergreifendes Ziel: 2030 Kommunen bis 2030! Es soll erreicht werden, dass 90 Prozent aller Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland bis 2030 in einer Agenda 2030- Kommune leben.

2. Wirkungen kommunaler Entwicklungspolitik sichtbar machen

Die Wirkungen der ganzheitlichen Umsetzung der Agenda 2030 in Kommunen sowie einzelner Maßnahmen der kommunalen Entwicklungspolitik sind sichtbar und werden transparent kommuniziert. Dies geschieht durch sektorale Instrumente sowie indikatorengestützte Gesamtstrategien, wie kommunale Nachhaltigkeitsberichterstattung und Voluntary Local Reviews (VLR). Da die Mehrzahl der 169 Unterziele der SDGs einer Umsetzung auf lokaler Ebene bedürfen, binden die Bundesregierung und die zuständigen Ressorts die Kommunen frühzeitig und umfassend in die nationale Berichterstattung zur Umsetzung der SDGs (etwa im Rahmen der Voluntary National Reviews) ein. Durch den Dialog vor Ort ist den Bürgerinnen und Bürgern bewusst, welche Bedeutung und welchen Nutzen kommunale Entwicklungspolitik hat.

3. Breite Beteiligung, auch kleinerer Kommunen, an der Umsetzung der Agenda 2030

Mit innovativen und bedarfsgerechten Instrumenten (unter anderem Peer-to-Peer Learning, „Engagement-Mentoring“ und Netzwerkbildung zwischen Kommunen jeder Größe sowie bereits engagierten Kommunen als Multiplikatorinnen) und gezielterer Einbindung der Landkreise gelingt es, den entwicklungspolitischen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 stärker in der breiten Fläche der deutschen Kommunallandschaft zu verankern.

4. Mobilisierung kommunaler Ressourcen für kommunale Entwicklungspolitik

Städte, Gemeinden und Landkreise verfügen über spezifische Fähigkeiten, durch die sie wertvolle entwicklungspolitische Beiträge leisten können. Dies ergibt sich nicht zuletzt aus den fachlichen Kompetenzen, über die Kommunen etwa im Bereich der Daseinsvorsorge und der Bereitstellung öffentlicher Güter verfügen. Städte, Gemeinden und Landkreise sind sich dessen bewusst und stellen gezielt im Rahmen ihrer individuellen Möglichkeiten Ressourcen und Kompetenzen zur Verfügung, insbesondere durch die Bereitstellung von Fachpersonal, Infrastruktur oder Haushaltsmitteln für entwicklungspolitische Projekte, die zur partnerschaftlichen Umsetzung der SDGs beitragen. Um die Ziele der Agenda 2030 erreichen zu können, müssen auch die Kommunen einschließlich ihrer kommunalen Unternehmen ihre Leistungen und Anstrengungen im Rahmen einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie deutlich erhöhen und es müssen Instrumente entwickelt und eingesetzt werden, um die personellen und finanziellen Beiträge der Kommunen gerade auch in ihrem „Kerngeschäft“, wie zum Beispiel der kommunalen Beschaffung aber auch den internationalen Prozessen und Partnerschaften, messbar und sichtbarer zu machen.

5. Stärkung der strukturierten ebenen- und akteursübergreifenden Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und (Hoch-)Schulen (neue Partnerschaftsmodelle)

Die Lokalisierung der SDGs und die strategische Umsetzung sind durch die Unterstützung der strukturierten Zusammenarbeit in Form von ebenen- und akteursübergreifenden Netzwerken (Städte, Gemeinden, Landkreise und Regionen in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen, insbesondere auch aus dem Bereich der Verwaltungshochschulen) in den deutschen Kommunen ebenso wie bei den Partnern im Globalen Süden breit unterstützt. Insbesondere bei der Koordination kommt den deutschen Ländern dabei eine wichtige und vielfältige Rolle zu, etwa mit ihren übergeordneten Strukturen beziehungsweise ihrer Verantwortung für Schulen, Hochschulen oder Landesbetriebe. Hierzu werden Landkreise, Metropolregionen und kommunale Spitzen sowie Landesverbände und weitere kommunale Netzwerke (wie zum Beispiel der Rat der Gemeinden und Regionen Europas – RGR) durch Angebote der SKEW besonders adressiert.

6. Perspektiven von Menschen mit Migrationsbiografie oder Fluchterfahrung systematisch berücksichtigen

Kommunale Entwicklungspolitik leistet einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unseren Gemeinwesen, stärkt Toleranz, Offenheit und die Verständigung zwischen verschiedenen Kulturen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Perspektive von Menschen mit Migrationsbiografie oder Fluchterfahrung systematisch im Rahmen der kommunalen Entwicklungspolitik Berücksichtigung findet. Durch die Zusammenarbeit mit migrantischen Gruppen werden die Belange von Menschen mit Migrationsgeschichte in allen Bereichen der kommunalen Entwicklungspolitik sichtbar. Globale Perspektiven werden in die Entscheidungsprozesse eingebunden, antirassistische und postkoloniale Strukturen gefördert und Menschenrechte geschützt. Viele der kommunalen Partner weltweit und insbesondere im Globalen Süden stehen vor vergleichbaren Herausforderungen und haben zugleich hier wertvolle Erfahrungen einzubringen. Die von der SKEW und von Kommunen entwickelten Instrumente zur Zusammenarbeit mit migrantischen Akteuren, insbesondere Migrantenselbstorganisationen, sollen gestärkt, ausgeweitet und zum Alltag der kommunalen Praxis werden. Dies gilt ebenso für die Projektentwicklung und -umsetzung von internationalen Projektpartnerschaften. Es sollen neue Formate für den internationalen kommunalen Fachaus-tausch entwickelt und implementiert werden, um das wechselseitige Lernen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und diesen selbst zu stärken.

7. Resiliente Kommunen und Klimagerechtigkeit, fairer Handel und nachhaltige Beschaffung, gleichwertige Lebensverhältnisse und lokale Demokratie

Die Kommunen leisten bei der Umsetzung der Agenda 2030 insbesondere in den nachstehenden Themenbereichen und Transformationsfeldern wesentliche Beiträge:

a) Der kommunale Fachaustausch und Umsetzungsmaßnahmen zur Reduzierung der Klimawandelursachen und zu den erforderlichen Anpassungsmaßnahmen müssen massiv gesteigert werden, wenn die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens erreicht werden sollen. Erforderlich ist zudem, Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Pandemieursachen stärker zusammen zu denken. Die Kommunen nehmen Gesundheit und hier vor allem auch solidarische Beiträge der Kommunen in den Blick. Bis 2030 sollen daher mindestens 500 Kommunen weltweit in thematisch erweiterten Kooperationsprojekten, wie zum Beispiel Klima- und Resilienzpartnerschaften oder thematisch fokussierten Angeboten, wie dem Agenda 2030-Fachaustausch oder Connective Cities, zusammenarbeiten.

b) Fairer Handel und die faire nachhaltige Beschaffung sind durch geeignete Instrumente, wie Beschlussfassungen, Beschaffungsordnungen und Handlungsleitlinien, in den Prozessen und Abläufen der Kommunen fest verankert. Das Engagement der Kommunen im Bereich der fairen Beschaffung wird durch Auszeichnungen wie den Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handels und Fairtrade-Towns wertgeschätzt und sichtbar gemacht. Die faire nachhaltige Beschaffung wird von der Nische zum Standard. Es werden Instrumente (weiter-)entwickelt und etabliert, die die kommunalen Beiträge sichtbar und nachvollziehbar machen. Regionale Kooperationen, etwa im Rahmen der Metropolregionen, stärken kommunale Handlungskompetenz und werden daher durch Angebote der SKEW unterstützt.

c) Bei der Umsetzung der SDGs im Rahmen kommunaler Entwicklungspolitik spielt die Gemeinwohlorientierung im Sinne der neuen Leipzig Charta eine übergeordnete Rolle. Die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten und Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse sind Ziel aller Maßnahmen und zeigen die globale Verantwortung und Solidarität mit dem Globalen Süden. Kommunen weltweit arbeiten gemeinsam daran, die demokratische Alltagspraxis zu verbessern und engagieren sich als zentrale Orte der politischen Teilhabe für die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Kommunen stärken daher die zur politischen Partizipation nötigen Kompetenzen ihrer Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die politische Bildung und die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) beziehungsweise Globales Lernen und nutzen die hierzu vorhandenen Strukturen und Angebote.

Impressum

Herausgeberin

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn

Telefon +49 228 20 717-0

info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Telefon +49 228 20717-2670
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de

Hinweis

Die SKEW führt gemäß Ziffer 22 der Geschäftsordnung vom 9. Mai 2012 die Geschäfte des Programmbeirats und hat in dieser Funktion die Erstellung und Veröffentlichung des „Bonn-Pakts Agenda 2030 kommunal“ organisatorisch unterstützt, sie zeichnet aber nicht für die inhaltlichen Punkte verantwortlich. Ansprechpartner: Dr. Stefan Wilhelmy (SKEW)

Bildnachweis

Titel- und Rückseite: Martin Magunia

Bonn, Oktober 2021

Titelbild: Übergabe des Bonn-Pakts an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, v.l. Dr. Stefan Wilhelmy (SKEW), Julia Pfänder (Moderation) und Prof. Dr. Claudia Warning (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Rückseite: Vorplatz World Conference Center Bonn und internationaler UN-Campus



**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung